



## Frühjahrskonferenz

6. und 7. Juni 2018

# Beschluss

Baden-Württemberg  
Bayern  
Berlin  
Brandenburg  
Bremen  
Hamburg  
Hessen  
Mecklenburg-Vorpommern  
Niedersachsen  
Nordrhein-Westfalen  
Rheinland-Pfalz  
Saarland  
Sachsen  
Sachsen-Anhalt  
Schleswig-Holstein  
Thüringen

### **TOP I.17 Beteiligung des Bundes an den Personal- und Sachkosten in Staatsschutzsachen**

Berichterstattung: Niedersachsen, Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen

1. Die Justizministerinnen und Justizminister haben die Belastung der Justizhaushalte der Länder durch die steigende Anzahl von Staatsschutzsachen erörtert.
2. Vor dem Hintergrund der originären Zuständigkeit des Bundes für die Verfahren, die durch den Generalbundesanwalt angeklagt werden, halten die Justizministerinnen und Justizminister eine Beteiligung des Bundes an den den Ländern entstehenden Personal- und Sachkosten einschließlich Baukosten für geboten.
3. Die Justizministerinnen und Justizminister bitten das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, bis zur Herbstkonferenz 2018 einen Gesetzentwurf auszuarbeiten,



**89. Konferenz der  
Justizministerinnen  
und Justizminister  
2018 | Thüringen**

der eine Grundlage für eine entsprechende Kostenbeteiligung bildet.

Baden-Württemberg  
Bayern  
Berlin  
Brandenburg  
Bremen  
Hamburg  
Hessen  
Mecklenburg-Vorpommern  
Niedersachsen  
Nordrhein-Westfalen  
Rheinland-Pfalz  
Saarland  
Sachsen  
Sachsen-Anhalt  
Schleswig-Holstein  
Thüringen